**Vorlage
für die Sitzung
der staatlichen Deputation für Soziales, Kinder und Jugend
am 05.07.2012**

**Änderung der Verordnung über die Teilnahmeverpflichtung an ärztlichen
Untersuchungen für Schülerinnen und Schüler an beruflichen Schulen, an
Sekundarschulen und an Förderzentren im Lande Bremen**

A. Problem

Aufgrund der Neuzuschnitte der Ressorts im Mai 2011 ist die Zuständigkeit noch nicht geändert worden. Da die Verordnung zum neuen Schuljahr in Kraft treten soll, wird sie in Abstimmung mit der Senatorin für Bildung, Wissenschaft und Gesundheit noch in alter Zuständigkeit geändert, um keine Lücke in der sozialkompensatorischen Gesundheitsvorsorge entstehen zu lassen. Eine Richtigstellung der Zuständigkeiten wird alsbald durch die Senatorin für Bildung, Wissenschaft und Gesundheit vorgenommen.

Nach § 17 Abs. 4 des Bremischen Schulverwaltungsgesetzes ist die Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen ermächtigt, im Einvernehmen mit der Senatorin für Bildung, Wissenschaft und Gesundheit durch Rechtsverordnung die Untersuchungen festzulegen, an denen teilzunehmen die Schüler und Schülerinnen verpflichtet sind. Die zu diesem Zweck erlassene Verordnung über die Teilnahmeverpflichtung an ärztlichen Untersuchungen für Schülerinnen und Schüler an beruflichen Schulen, an Sekundarschulen und an Förderzentren im Lande Bremen vom 18. Juli 1997 regelt, dass bestimmte Schülerinnen- und Schülergruppen an ärztlichen Untersuchungen teilzunehmen haben. Die Einrichtung eines neuen Bildungsangebots an sog. Werkschulen zu Beginn des Schuljahres 2009/2010 hat dazu geführt, dass ein Teil der bisher erfassten Schülergruppen der beruflichen Schulen, der Sekundarschulen und der Förderzentren nunmehr die Werkschule besuchen. Um keine Lücke

in der sozialkompensatorischen Gesundheitsvorsorge eintreten zu lassen, ist die Verordnung an diese Entwicklung anzupassen und die Teilnahmeverpflichtung an schulärztlichen Untersuchungen auf Schülerinnen und Schüler an der Werkschule zu erstrecken.

B. Lösung

Der anliegende Verordnungsentwurf trägt dem vorstehend dargestellten Anpassungsbedarf Rechnung. Die Schüler in den bezeichneten Bildungsgängen nehmen an umfangreichen Berufspraktika teil, haben aber keinen Anspruch auf eine Untersuchung nach dem Jugendarbeitsschutzgesetz. Daher ist im Rahmen der schulischen Ausbildung zu klären, ob bei Schülerinnen und Schülern Hinderungsgründe gesundheitlicher Art vorliegen, die einer Teilnahme an bestimmten berufspraktischen Anteilen entgegenstehen. Auf diese Weise kommt der schulärztlichen Untersuchung ggf. auch eine frühzeitig die Berufswahl beeinflussende Funktion zu.

Jenseits arbeitsmedizinischer Aspekte haben die betroffenen Schülerinnen und Schüler zudem einen hohen Gesundheitsberatungsbedarf, der durch das schulärztliche Untersuchungs- und Beratungsangebot abgedeckt werden soll.

Die vorgeschlagene Lösung ist in dem anliegenden Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Teilnahmeverpflichtung an ärztlichen Untersuchungen für Schülerinnen und Schüler an beruflichen Schulen, an Sekundarschulen und an Förderzentren im Land Bremen dargestellt. Hierauf wird Bezug genommen.

C. Alternativen

Nachdem in der jüngsten Vergangenheit zu beobachten war, dass vermehrt Schülerinnen und Schüler Bildungsgänge der Werkschulen besuchen, ist die Anpassung der Verordnung erforderlich, um keine Lücke in dem aus Jugendschutz- und arbeitsmedizinischen Gründen bestehenden schulärztlichen Untersuchungssystem entstehen zu lassen.

D. Finanzielle / Personalwirtschaftliche Auswirkungen / Gender Prüfung

Finanzielle und personalwirtschaftliche Auswirkungen sind nicht zu erwarten. Von der Änderungsverordnung sind Schülerinnen und Schüler in gleicher Weise betroffen.

E. Beteiligung / Abstimmung

Der Entwurf ist mit der Senatorin für Bildung, Wissenschaft und Gesundheit, dem Gesundheitsamt Bremen und dem Magistrat der Stadt Bremerhaven abgestimmt worden.

Der Senator für Justiz und Verfassung hat den Entwurf rechtsförmlich geprüft.

F. Beschlussvorschlag

Die staatliche Deputation für Soziales, Kinder und Jugend stimmt dem Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Teilnahmeverpflichtung an ärztlichen Untersuchungen für Schülerinnen und Schüler an beruflichen Schulen, an Sekundarschulen und an Förderzentren im Land Bremen zu.

Anlagen

- Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Teilnahmeverpflichtung an ärztlichen Untersuchungen für Schülerinnen und Schüler an beruflichen Schulen, an Sekundarschulen und an Förderzentren im Lande Bremen
- Begründung